

**Minderheitsentscheid!**

Von Wald - Hitten, Siebenbürgen.

Durch das Selbstbestimmungsrecht, das die Entente allen Völkern verleiht, mußte auch für alle die abgetrennten und zwischen anderen Völkern als Volkspolizei lebenden Deutschen eine schönere Zukunft herbeigeführt werden. Vor allem Kampf für ihr Dasein gegen die ihnen feindselig gesonnenen Regierungen war diesen ein sorgenreiches Dasein beschieden. Das sollte nun durch die Friedensbestimmungen des Friedensbundes unter dem schönen Mantel der Gerechtigkeit mit einem Schlage beiseite werden. Wie diese Erlösung aussieht, wissen wir alle. Deutschland mit seinen 8 Millionen Deutschen Einwohnern wurde der Ausbeute verweigert, ebenso den 4 Millionen Sudendeutschen. Deutsche Gebiete wurden aus dem Reichstörper herausgerissen, das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten. Gerechtigkeit und Territorialität auf die un-menschlichste Weise wird jeder Volkswirtschaft. Der Deutsche wird aus der Provinz verdrängt. Fremde Elemente setzen sich an seine Stelle. Unter dem Dornmantel des Abzuges werden Tausende von deutschen Staatsbeamten in der Tschechoslowakei rücksichtslos auf die Straße geworfen.

In Südtirol mit seiner reindeutschen Bevölkerung wütet ein erbitterter Chauvinismus, der jahrelangelanges Deutschum restlos ausrotten möchte. Die deutsche Presse ist verboten, die Schulen geschlossen, selbst dem Anden wird das Spiel in deutschen Kinderärten verweigert. Vor Wochen schrieb das offizielle Neulerungsblatt „Popolo d'Italia“: „Wenn die Italiener Südtirol ihre Haltung nicht ändern dann wird man zu einem ebenso einfachen Mittel greifen müssen, wie es Frankreich gegen die Eisässer angewendet hat, durch die Ausweisung Dies ist dann nur mehr eine Frage einer gewissen Anzahl von Vertragszügen.“

Keinmal, nur viel geriebener, sucht Rumänien seine Minderheitsfragen zu rasen. Nachdem es durch die Kararreform sogar den Zwerge der deutschen Schule angetastet, den Kirchenbesitz der Siebenbürgen Sachsen enteignet, durch ungeheuerliche Verdrängung und Willkür das Deutschum überall vorgezwungen hat, sucht es sich der Deutschen zu entledigen, indem die Regierung mit Kenntnis des Annehmens der Nationalität sich an die Minderheiten ansetzt und durch betrügerische Agenten sie zur Auswanderung verlockt. In den Kaffertanzen Brasiliens mit ihrem mörderischen Klima werden Tausende umrunden, die unter Vorleistung falscher Tafeln vom Mutterboden hinweggelockt oder bedroht wurden. Und Tuga, der Minister des Innern, warnt nicht diese Tat im Reichsparlament anbeständen, nachdem die tschechischen Abgeordneten keine Verhinderung aufstien.

Als im Vorjahre bolschewistische Erkundungstruppen gewalttätig in Belgrad einbrachen, denen sich inbald die Bevölkerung anschloß, waren es deutsche Kolonisten die bei Tatar-Bunar noch vor dem Eintreffen des Militärs die Eindringlinge blutig zurückdrängten. Den Dank dafür zahlte Rumänien auf gemeine Weise zurück. Heute wütet in Syrien eine Hungersnot die durch eine verheerende Missernte eingetreten ist. Die aus dem Lande vor dem Hungertode fliehenden Rumän und Deutschen werden wieder durch Agenten nach Palästina verfrachtet.

Nur Rumänien erhalten staatliche Unterstützung! Es ist klar, daß bei allen diesen Umständen niemals ein Frieden geschlossen ist. Alle diese neuentstandenen großwahnwollenden „Steuerstaaten“ sollen sich nicht wundern wenn eines Tages ihr künstlicher Staatenbau, der auf idurnen Füßen steht, unter dem Ausbäumen der bedrückten Völkermassen zu Ruine kommt. Das Zahlenverhältnis zwischen den staatenbauenden Völkern in diesen Staaten ist sehr ungünstig ihren wöllischen Minderheiten gegenüber.

**Hochverratsprozeß gegen einen Kommunisten**

Leipzig, 22. Dez. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute ein Hochverratsprozeß gegen den kommunistischen Parteisekretär Ernst Bollweber aus Kassel. Der Angeklagte hat sich wegen Verhülfe zum Hochverrat und Vorgehen gegen das Republikanische Volk zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, in den Jahren 1922 und 1924 in Hessen und Schlesien politischer und militärischer Leiter gewesen zu sein. Am 5. Dezember 1923 wurde in Kassel eine Hausdurchsuchung im Parteibüro der SPD vorgenommen, bei der Belege beschlagnahmt wurden, aus denen hervorgeht, daß Bollweber militärischer Leiter im Bezirk Kassel gewesen ist. Anfang 1924 wurde Bollweber von der Zentrale der SPD nach Oberhessen überweisen und übernahm dort mit dem bekannten Kommunistenführer Dente die politische und militärische Leitung. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern. (W. T. B.)

**Zum Falle De Sina.**

Hannover, 22. Dez. Der „Hannoversche Kurier“, der die Nachricht von der Wählregelung des Prof. Vossing gebracht hatte, knüpft an die amtliche Andeutung zum Falle Vossing folgende Betrachtung: Dem Kultusminister scheint es unangenehm zu sein, daß die Wählregelung des Professors Vossing öffentlich bekannt geworden ist. Die „Veröffentlichung“ hat doch nur den Zweck, abzuschwächen, denn an der Tatsache des „Jüngeren Urlaubes“ und der „Mißbilligung“ — welche seine Unterzeichnung von „Verweis“ — ändert sie nichts und auf die Androhung der Entziehung des Lehrauftrages geht sie gar nicht ein. Das Bescheidende an der mifflirierten Erklärung ist, daß diese „Mißbilligung“ schon geraume Zeit zurückliegt. Warum hat man denn darüber niemals etwas verlauten lassen, auch nicht als im Landtage über Professor Vossing debattiert wurde? (T. U.)

**Die japanischen Truppen in Tientsin.**

Tokio, 22. Dez. Die japanische Regierung hat den Beschluß gefaßt, einigt von Port Arthur 200 Mann Verstärkung nach Tientsin zu senden, da die Lage dort als einigermassen bedenklich angesehen werden kann. Die Kopfzahl der japanischen Soldaten in Tientsin beträgt mit diesen Verstärkungen 550 Mann. (W. T. B.)

**Die ernste Lage Tchangscholls.**

London, 22. Dez. Ueber die Lage in China bringen die „Evening News“ einen eigenen Bericht aus Tokio. Für die militärische Lage Tchangscholls hat man eine ernste Befürchtungen. Für den Fall, daß seine militärische Aktion schlußendlich sollte, würde er sich genötigt sehen, sich in die schneebedeckte Gegend nördlich von Mukden zurückzuziehen, wo keinerlei Schutz und Unterkunft für seine Truppen vorhanden ist. Schon jetzt lägen Berichte vor, wonach seine irregulären Truppen den Gehorsam verweigerten. Ein Neuterbericht aus Tokio spricht von harter Beunruhigung im japanischen Küsterviertel Amt und Anlah der zunehmenden Feindseligkeiten gegen die Japaner, die sich in der chinesischen Presse und als gemein in China zeigten. Die Lage in Mukden wird auch in diesem Bericht als ernst angesehen. Am Donnerstag d. 20. d. M. ist man sehr optimistisch und behauptet, daß der Fall von Tientsin, das von General Lochanglin verteidigt wird, unmittelbar bevorstehe.

**Die Geldgeschäfte eines Landrates.**

Siebenbrunn, 22. Dez. Durch die Geldgeschäfte des früheren Landrats Vogel ist der Kreis in acht Prozesse verwickelt, in denen von ihm rund 1.800.000 Mark gefordert werden. Weiter schwebt der Kreis an diesen Geldgeschäften der Anzahl der Verurteilten des Kreisgerichts in diesem Bezirk als erst angesehen. Am Donnerstag d. 20. d. M. ist man sehr optimistisch und behauptet, daß der Fall von Tientsin, das von General Lochanglin verteidigt wird, unmittelbar bevorstehe.

ministers feigelegt hätten. Nach derselben Quelle hat auch der sozialdemokratische Ministerpräsident erklärt, daß er die Behandlung des Antrages zwar mißbilligt, aber es ablehne, sich dadurch seine Regierung gefährden zu lassen. Das Bild wird vervollständigt durch die Mitteilung der „Täglichen Rundschau“, daß der Kultusminister sich zur Freimachung des Antragespostens für einen vorläufig nicht genannten Dritten diesem gegenüber verpflichtet habe, und daß dabei zwei scharf links eingestellte Ministerialdirektoren eine leitende Rolle gespielt hätten. Wenn das jeder leibhaftigen Unterbrechung abbeide Organ Streikmanns so etwas behauptet, so darf man gewiß sein, daß eine intime Kenntnis von Kultusvorgängen dahintersteht. Diese Verletzung des Bundes mit parteipolitischen Gesichtspunkten ist selbst der demokratischen „Völkischen Zeitung“ ernstlich auf die Nerven gefallen, und es ist ausgerechnet Georg Bernhard in eigener Person, der den anerkennenswerten Mut findet, seinen Parteifreunden von der Weimarer Koalition unangetastet seine Meinung zu sagen. Er schreibt: „Für die Weimarer Koalition galt es, den Ministerkurs zu vermeiden. Trotz allem, sollte man meinen, wäre es wohl möglich gewesen, etwas mehr für die Freiheit der Geistesarbeit einzutreten, als sie es tat. Aber es wurde leider auch hier nach dem alten Schema verfahren, immer das Gegenteil von dem zu sagen, was der Gegner gesagt hat. Und so ergab sich das größte Schauspiel, daß die programmatischen Vertreter der rechten Freiheit zu Unwahren büreaukratischer Euphorie waren.“ In dem Artikel Bernhards wird weiter darauf hingewiesen, daß nicht nur der Konflikt mit Schillings schwebt. Der Bund ist ohne merkwürdigerweise keine Ahnung davon gehabt zu haben, daß Max Liebermann und Wilhelm von Bode sich ebenfalls über erhebliche Rücksichtlichkeiten und büreaukratische Umanitätsformen der preussischen Kultusverwaltung auf das lebhafteste beklagen; die Tatsache, daß „auf Grund gegenständlicher Verhandlung“ der preussische Kultusminister dem hochverdienten Kunstsektor nicht offiziell zu seinem 80. Geburtstag gratuliert habe, spreche eine deutliche Sprache.“

Die Angelegenheit hat so viel Staub aufwirbelt, daß der Kultusminister es für angebracht gehalten hat, zu seiner Verteidigung eine Broschüre herauszugeben, die im Verlage von C. Beckmann in Leipzig unter dem Titel: „Die preussische Kunstpolitik und der Fall Schillings“ er-

schienen ist. Es werden in dieser Schrift unter Anerkennung des Künstlers Schillings dessen angebliche Schwächen als Verwaltungsrat, und Geschäftsmann dargestellt, durch die sich Schillings, indem er den Konflikt auf die Spitze trieb, selbst außerhalb des Vertrages gestellt habe. Interessant ist besonders, wie die Lage des preussischen Kultusministeriums nach der Novemberrevolution geschildert wird. Es heißt da: „Die Krone als unverrückbarer Pol bei wechselnden Ministeranschaunungen, als mächtige Stütze, als Vertrauen- und Wunschspenderin, ist dahin. Diese Funktion der Krone kann weder das Parlament noch das Staatsministerium übernehmen.“ Wie der Fortfall der einheitlichen Spitze die Stellung des Kultusministeriums erschwert haben soll, wird in folgender Weise darzulegen versucht: „Draußen entstand das Gefühl der Unterdrückung und Verengung der Handlungsmittel büreaukratischen Mitteln gegenüber anschaubarer Ziele, drinnen im Ministerium wuchs das Gefühl des Wehrens in planmäßiger Reformarbeit durch einwillige und von hartem Selbstgefühl beherrschte Autoritäten. Das ist der Boden, aus dem die Krisen wuchsen und auf dem die Konflikte geblühten.“ Mit den „von hartem Selbstgefühl beherrschten Autoritäten“ sind offenbar in erster Linie v. Schillings, Liebermann und v. Bode gemeint. Man kann nicht sagen, daß durch solche orafelhafte Andeutungen das allgemeine Urteil über das gegen Herrn v. Schillings geübte Verfahren gemildert zu werden vermöchte. Die Anschuldigungen gegen das geschäftliche Verhalten des Antragesbelehren der Gegenübernahme des Antrages, nach dem Zuge des alten deutschen Rechts: „Eines Mannes Rede ist seines Mannes Rede — Man muß sie billig hören alle beede.“ Vor allem ist es dem Minister durchaus mißlungen, sich wegen des Haupttheaters des Antrages, der freilichen Entlassung des Antrages, zu rechtfertigen. Das Vorgehen der Deutschen Volkspartei und der übrigen Reichsparteien bewachte, gerade hier Abhilfe zu schaffen durch die Zurücknahme dieser unbilligen Maßregel und durch eine anderweitige Lösung des Vertrages in einer der Stellung und der Verdienste Herrn v. Schillings würdigen und seinen auf nicht schädlichen Form. Paris haben die Sozialparteien des Reichstages aus parteipolitischer Besorgnis nicht völlig verstanden und sich der Notwendigkeit des Schutzes der Geistesfreiheit verschlossen. So bildet der Fall Schillings einen ungemein lehrreichen Beitrag zu dem Kapitel demokratischer Prinzipienfestigkeit!

**Tschitcherins über den deutsch-russischen Verkehr.**

**Abreise Tschitcherins aus Berlin.**

Berlin, 22. Dez. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitcherins, ist heute abend mit dem kaiserlichen Dampfer „Berlin“ nach Moskau abgereist. Auf dem Schiffsdeck haben sich u. a. der russische Botschafter mit zahlreichen Herren der Reichs- und Reichsversammlung und bekannte kommunistische Abgeordnete eingefunden.

**Optimismus Tschitcherins über den deutsch-russischen Handelsverkehr.**

Berlin, 22. Dez. Der russische Volkskommissar Tschitcherins hat sich gegen einem Mitarbeiter der „Industrie- und Handelszeitung“ über die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen wie folgt geäußert: Nachdem unter Handelsverträgen mit Deutschland endgültig rechtskräftig geworden ist, werden wir ihn in die Wirklichkeit umwandeln müssen. Die Verhältnisse, die für vor unseren Augen liegen, sind außerordentlich verwickelt. Die Periode, wo wir inmitten der durch die Intervention verursachten Ruinen mit den größten Anstrengungen alle ersten Elemente des Wiederaufbaus zusammenzubringen, ist vorbei. Schnell blühen unsere Lebenskräfte wieder auf. Das in der Natur der Dinge lebende Verhältnis Deutschlands und der Sowjetunion, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, muß sich mit voller Macht geltend machen. Der gesamte wirtschaftliche Organismus der Sowjetunion strebt unaufhaltsam zum technischen Fortschritt. Tschitcherins glaubt, daß durch die Schaffung einer eigenen russischen Industrie der deutschen Maschinenindustrie keine Gefahr drohe, denn: Jedes Dorf, auch das entlegenste, sucht sich die allerersten technischen Mittel anzuschaffen. Der Absatzmarkt, der sich für Deutschland in der Sowjetunion immer mehr öffnen wird, die Beziehungen zwischen dem russischen technischen Wissen und Können, und auch deutsches Unternehmertum, die sich bei uns mit jedem Tag mehr entwickeln

werden, sind grenzenlos. Es ist nicht zu glauben, daß die Umwandlung der Sowjetunion in einen Industriestaat die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland vermindern wird. Unser Territorium ist so groß, die dort verborgenen Naturkräfte sind so unzählbar, daß die Entwicklung der Industrie und Produktion in der Sowjetunion immer neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die deutsche Produktion eröffnen wird. Nach Tschitcherins Meinung kann der Dummheitsmangel nicht wegen seiner Kurzfristigkeit nicht ausgenutzt werden. Auf der anderen Seite bedeutet für Rußland der Kredit alles. Als eine der wichtigsten Aufgaben erhebt sich die Frage der Organisation des Kreditlewesens. Er hat die beste Hoffnung, daß sie glücklich gelöst werde. (W. T. B.)

**Amerika und der Weltgerichtshof.**

Washington, 22. Dez. Bei der letzten Senatssdebatte über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof erklärte der republikanische Senator Capper, bisher ein scharfer Gegner des Völkerbundes: Er behält seine Worte den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof auf der Grundlage des von Coolidge angenommenen Programms, wie es in der Resolution des demokratischen Senatspräsidenten Schaefer sei. Amerika solle sich aber ausbedingen, daß der Weltgerichtshof seine arbeiten und vertraulichen Gutachten und überhaupt keine Amerika direkt verübenden Gutachten abgeben, ohne daß Amerika zustimme.

New York, 22. Dez. Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg arbeiten mit allen Kräften daraufhin, daß Amerika eine Vertretung zur Genfer Abrüstungskonferenz sendet. Mitbestimmend für die amerikanische Regierung scheint dabei zu sein, daß Amerika im Falle seiner Teilnahme an der Konferenz bezüglich der Entlassung auf Frankreich einwirken kann. Als Vertreter Amerikas sind Poole, Donahou, Herrick und Gibson vorgelegen. (U.)

**Die Not der deutschen Wirtschaft.**

**Nollane auch bei der Landarbeiterlöhne.**

Berlin, 22. Dez. Der Kreisvertreter des Pommer-schen Landtags hat zur Nollane der Landwirtschaft eine eingehende schriftliche Darstellung angefertigt, in der es heißt:

Alle Versuche der landwirtschaftlichen Organisationen, den Zusammenbruch der Landwirtschaft zu verhindern, haben bis jetzt einen entsprechenden Erfolg nicht gehabt. Schuld daran ist in erster Linie unser alles vernichtendes parlamentarische System. Die Arbeiten der Parlamente im letzten Jahre haben in erschreckender Weise gezeigt, daß die Durchführung eines großen brechend notwendigen Spar- und Wirtschaftsprogramms durch die parteipolitische Einstellung der Parlamente unmöglich gemacht wird. Ohne schroffe Eingriffe läßt sich ein solches Programm nicht durchführen, und ohne seine Durchführung ist der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft unvermeidlich. Wollen wir warten, bis ein Sparminister der Entente auferzwingen wird? Sind wird nicht mehr Mannes genug, um selbst zu helfen?

Wir verlangen die Wiedereinführung einer Wirtschaftspolitik, die ohne Rücksicht auf die Parlamente die Maßnahmen durchzuführen kann die einem Zwangsverwalter der deutschen Wirtschaft obliegen. Immer noch besteht eine nicht trennbare Spannung zwischen den Erzeugern und den Preisen für landwirtschaftliche Produkte. Der Preis für landwirtschaftliche Produkte sinkt während der Wintermonate. Die Erzeuger müssen für die Aufrechterhaltung und Instandhaltung der Betriebe in einer Weise einzuführen, die am wenigsten für den Verbraucher der Landwirtschaft ist. Eine unregelmäßige Verteilung der durch die Preis- und Absatzverhältnisse bedingten Nollane entzieht gegenwärtig durch die Unmöglichkeit der Zurückzahlung der Wechselkredite. Mit kleinen Mitteln, z. B. Einzahlungen der Räte, ist der Preis für landwirtschaftliche Produkte nicht zu heilen. Eine gründliche Verbesserung und Abwendung der für die gesamte Volkswirtschaft verhängnisvollen Krise ist nur zu erreichen durch Umwandlung der Landwirtschaft in nur zu erreichen durch Umwandlung der Landwirtschaft in einen langfristigen Realcredit an traktablen Anlagern. Die Rentabilität der Landwirtschaft ist nur durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktionsweise wieder herzustellen, wobei besonderes Augenmerk darauf zu richten ist, daß durch die Ausdehnung unendlichen Zwischenhandels die Preise für die Konsumenten gleichmäßig eine Senkung erfahren.

Reuherk ernst und bedrohlich ist die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten. Ganz abgesehen davon, daß in manchen Betrieben Löhne und Mängel an Mitteln bereits nicht mehr bezahlt werden kann, sondern von der Arbeitslosigkeit dem Arbeiter schwebend ist, leidet die ländliche Arbeiterschaft ebenfalls unter der niedrigen Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte und ihrem Preisverhältnis zu den Bedarfsartikeln die sie notwendig brauchen. Nachdem noch hingewiesen worden ist auf die Überreizung der sozialen Lage und des Steuer-

drucks, heißt es dann am Schluß: Die Erregung in der Landwirtschaft hat einen Grad erreicht, daß ernste Folgen nur dann noch abgewendet werden können, wenn die Regierung statt Worte endlich Taten zeigt.

**Die Nollane des Ruhrbergbaues.**

Essen, 22. Dez. Heute fand hier eine Besprechung zwischen Vertretern der katholischen Gewerkschaft des Ruhrreviers, der christlichen Arbeiterbewegung, des christlichen Unternehmens und einigen Zentrumsabgeordneten statt. Die Konferenz behandelte eingehend die gegenwärtigen großen Notlagen des Ruhrbergbaues, insbesondere der Arbeiterlöhne. Von maßgebender Unternehmenseite wurde die Bereitschaft erklärt, im kürzesten Frist eine Zusammenkunft der Bergarbeiterführer und der Bergbauvertreter herbeizuführen, um in vertrauensvoller Zusammenarbeit Mittel und Wege zur Milderung der Schwierigkeiten zu suchen. Einmütigkeit herrschte weiter darüber, daß eine gleichartige Zusammenarbeit aus dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortlichkeit für das deutsche Volk auch auf allen anderen Wirtschaftsgebieten Pflicht aller Beteiligten sei.

**Die Wirkung der Arbeitslosigkeit in Berlin.**

Berlin, 22. Dez. Die Akten des Berliner Polizeipräsidiums verzeichnen in der Woche vom 13 bis 19. Dezember 74 Fälle von Selbstmord infolge Arbeitslosigkeit und Nahrungslosigkeit.

**Erwerbslosen Demonstrationen in Köln.**

Köln, 22. Dez. Auf dem Gummarkt versammelten sich heute mittag 2000 Erwerbslose zu einer Demonstration. In dem Zuge sah man Tafeln mit Aufschriften, wie: „Gibt uns Arbeit und Brot!“ „Daraus mit den politischen Belangen!“ „Keinen Pfennig des Hohnsolles!“ usw. Auf dem Gummarkt wurden Ansprachen gehalten und eine Entschließung gefaßt, die mit allen Mitteln eine Milderung der Not der Erwerbslosen verlangt. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall. (T. U.)

**Das Urteil im Waldenburger Stadtbankprozeß.**

Waldenburg, 22. Dez. In dem seit einigen Wochen schwebenden Waldenburger Stadtbankprozeß wurde heute das Urteil gefällt. Der Angeklagte Stadtbankdirektor Mühlert erhielt wegen Untreue in zehn Fällen, schwerer Urkundenfälschung, fortgesetzten Vorgehens gegen die Devisenangelegenheiten und die Reichsabgabenverordnung insgesamt 1 Jahre Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Schläpfer erhielt wegen Untreue in vier Fällen und schwerer Urkundenfälschung in drei Fällen, Vorgehens gegen die Devisenangelegenheiten und gegen die Reichsabgabenverordnung 10 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Pätzmann erhielt wegen Verhülfe zur Untreue 3 Monate Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wird die Unterbindungspflicht voll angedroht. Der Antrag auf Straf- aussetzung wurde als unzulässig nicht angebracht abgelehnt.